

# MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

*Caspar Hirschi*, Ansteckung als Syndrom

*Sandra Fluhrer*, Der Bauer in uns

*Bernhard J. Dotzler*, Künstliche Künstliche Intelligenz

*Stefan Hirschauer*, Wer definiert, was Antisemitismus ist?

*Marietta Auer*, Definiere Antisemitismus. Rechtskolumne

*Martin Höpner*, Malta und die Unionsbürgerschaft.

Europa-Kolumne

*Jeremy Harding*, Dieser Typ. Über Binyavanga Wainaina

*Jannik Oestmann*, Der Böckenförde-Midcult

*Helmut Müller-Sievers*, Sezession der Gemüter

*Anke Stelling*, R.I.P. PP



79. Jahrgang, Februar 2025

Klett-Cotta

909

*Caspar Hirschi*

## Neo-Kontagionismus in Krisen

*Ansteckung als Syndrom*

**K**risen entstehen durch Ansteckung. Es hätte keine Pandemie gebraucht, um dieser Sicht zum Durchbruch zu verhelfen. Sie war in wissenschaftlichen Kreisen schon verbreitet, als die erste Welle des Covid-19-Virus über die Welt rollte. Ob Desinformationskampagnen oder Drogensucht, Börsen-Crashes oder Bankenkollapse, Seuchen oder Krieg, überall werden Ansteckungsketten mit exponentiell steigendem Schadenspotential diagnostiziert und modelliert, mit dem Ziel, sie so früh wie möglich zu unterbrechen.

Es geht in diesen verschiedenen Krisenfeldern, so der Anspruch, nicht um ein Sprechen in bildkräftigen Metaphern, sondern um das Abbilden der harten Realität. »Gewalt ist eine ansteckende Krankheit«, postuliert der Epidemiologe Gary Slutkin: »Sie erfüllt die Definition einer Krankheit und der Ansteckungsfähigkeit – das heißt, Gewalt wird von einer Person auf eine andere übertragen.« Dass die Aussage wörtlich zu verstehen ist, verdeutlicht Slutkin mit einem Vergleich: »Krankheitserreger können über die Atemwege, den Darm, die Haut oder andere Wege eindringen und dann Funktionsstörungen oder Fehlregulationen in einem oder mehreren Organen verursachen. Im Fall von Gewalt haben wir es mit einem Prozess zu tun, der eindeutig durch das Gehirn vermittelt wird, wobei die Übertragung auf mindestens zwei Wegen zu erfolgen scheint: visuelle Beobachtung und direkte Viktimisierung. Ein dritter Mechanismus kann als absichtliches Training, zum Beispiel durch das Militär, angesehen werden.«<sup>1</sup>

Slutkin gehört zu den Gründern von »Cure Violence«, einer 1999 in Chicago lancierten Initiative mit wissenschaftlichem Anspruch, die Gewaltherde nach dem Vorbild der Eindämmung von Epidemien »heilen« möchte. »Cure Violence« etablierte sich mit Unterstützung des amerikanischen Justizdepartements und der UNICEF zu einer globalen Organisation mit Projekten in zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten und mehreren Ländern auf fünf Kontinenten. Slutkins eigene Gewaltexpertise ist von epidemiologischer Feldarbeit abgeleitet. In den 1980er Jahren bekämpfte er Seuchen in mehreren afrikanischen Ländern, darunter Cholera-Ausbrüche in Somalia und die Aids-Epidemie in Uganda. Auf die Idee, dass die räumliche Häufung von Gewalttaten den gleichen Gesetzen gehorche wie die Ausbreitung ansteckender

1 Gary Slutkin, *Violence is a Contagious Disease*. In: *The Contagion of Violence*. The National Academies of Science, Washington 2013.

Krankheiten, kam er erst nach der Rückkehr in die Vereinigten Staaten, als er Mitte der neunziger Jahre an der Universität von Illinois eine Professur für Epidemiologie antrat. Er betrachtete die Gewaltviertel von Chicago durch die gleiche Brille wie Seuchengebiete in Afrika.

Um die Identität der Krisenmechanismen zu illustrieren, brachte er einzelne Gewaltereignisse mit den klassischen Visualisierungsmethoden der Epidemiologie in einen Zusammenhang. Er bildete die Frequenz von Tötungen auf einer Zeitachse ab, so dass der Eindruck von »Gewaltausbrüchen« mit einer anschließenden »Epidemie von Morden« entstand, die sich in mehreren Wellen ausgebreitet habe. Und er trug die Schauplätze von Gewaltverbrechen auf einer geografischen Karte ein, so dass sich Delikte, die in räumlicher Nähe zueinander verübt wurden, zu Gewalt-Clustern verdichteten wie beim Ansteckungsherd einer Cholera-Epidemie. Slutkins kartografische Inszenierung der Schießereien und Tötungen in Chicago von 2008 erinnert denn auch an die legendäre Karte des Londoner Stadtteils Soho aus dem Jahr 1854, auf welcher der Arzt John Snow die Wohnorte aller Todesopfer eines Cholera-Ausbruchs eingetragen hatte. Snow wollte mit der Karte den Nachweis erbringen, dass sich die Krankheit über eine verseuchte Wasserpumpe ausgebreitet habe und Cholera damit eine ansteckende Krankheit sei.<sup>2</sup>

Der Kontagionismus war im 19. Jahrhundert eine Theorie mit beschränktem Geltungsanspruch und, zumindest bei seinen Gegnern, mit reaktionärem Geruch. Er wurde allein auf Gesundheitskrisen bezogen und stand bei liberalen Mediziner\*innen auch nach Snows Publikation oft im Ruf der wissenschaftlichen und gesundheitspolitischen Rückständigkeit. Kontagionisten sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt, einem despotischen Staat mit uneingeschränkten Machtbefugnissen das Wort zu reden, um Quarantänen und Handelssperren im Stile frühneuzeitlicher Herrscher im Kampf gegen die Pest zu verhängen.

Der Neo-Kontagionismus von heute jedoch ist eine Universaltheorie zur Beschreibung und Bewältigung von Gefahren mit krisenhaftem Eskalationspotential und hat in vielen Politikfeldern den Geschmack der wissenschaftlichen Fundiertheit und politischen Fortschrittlichkeit. Da Neo-Kontagionisten unterschiedlicher Disziplinen aber kaum als geschlossenes Denkkollektiv auftreten, werden sie auch selten als Einheit wahrgenommen, so dass der weitreichende Geltungsanspruch ihres Ansatzes bisher wenig Aufmerksamkeit erhalten hat. Um dessen Dimension zu erfassen, muss man zu einem Buch greifen, das im Windschatten der Covid-Pandemie auf Englisch und Deutsch

2 Tom Koch, *Disease Maps. Epidemics on the Ground*. Chicago University Press 2011.

erschienen ist: *The Rules of Contagion* des britischen Epidemiologen Adam Kucharski.<sup>3</sup> Kucharski ist ein ebenso kundiger wie unkritischer Anhänger des Kontagionismus, den er schon deshalb nicht als solchen bezeichnet, weil es sich dabei in seinen Augen um ein Naturgesetz und keine Weltanschauung handelt. Sein Buch wirkt wie der Bericht einer Entdeckungsreise zu Schauplätzen, auf denen sich Ansteckendes abspielen soll.

### *Eine Anthropologie der Nachahmung*

Kucharski verhilft auch Slutkin und seinem Gewaltheilungsprojekt zu einem prominenten Auftritt. Er präsentiert ihn als neuen John Snow einer medizinisch gewendeten Kriminologie für das 21. Jahrhundert. Wie Snow die falsche Miasmenlehre von der »schlechten Luft« als Krankheitsursache bekämpft habe, so bekämpfe Slutkin die Fehldiagnose vom »schlechten Menschen« als Gewaltursache. Mit seiner wissenschaftlichen Entschlüsselung der Ansteckungsketten zwischen den Schießereien in Chicago bestelle er ein Feld neu, das »im Moralismus feststecke« und Menschen im Zusammenhang mit Gewalt nach dem Kriterium einteile, wer gut und wer böse sei. Slutkins Krisendiagnose wird entsprechend als Sieg der wissenschaftlichen Wahrheit über »moralistische Diagnosen« sowie als Möglichkeit gesehen, langwierige »Probleme der Menschheit« endlich zu lösen. Zu diesen Problemen zählen Kucharski und Slutkin nicht bloß chronisch hohe Verbrechensraten in bestimmten Stadtvierteln, sondern auch akute Gewaltausbrüche mit hoher Infektiosität, kurzer Inkubationszeit und tiefer Immunität, mit anderen Worten: Krieg. So erscheint der Erste Weltkrieg bei Slutkin als eine tödliche Seuche, die sich nach ihrem Ausbruch noch rascher ausgebreitet hat als die Spanische Grippe ein paar Jahre später.

Dass der neue Kontagionismus wörtlich verstanden werden will, hängt mit dem Versprechen seiner hohen Problemlösungsfähigkeit zusammen. Es geht darum, reale Ansteckungsketten wissenschaftlich zu erfassen und einzudämmen. Wäre »Ansteckung« nur eine heuristische Metapher, um auf Ähnlichkeiten von sozialen Dynamiken in verschiedenen Gesellschaftssystemen aufmerksam zu machen, könnte kaum ein legitimer Anspruch erhoben werden, zur Unterbrechung von Ansteckungsketten massiv ins gesellschaftliche Gefüge einzugreifen. Im gleichen Licht ist auch die Überzeugung zu sehen, mit

3 Adam Kucharski, *The Rules of Contagion. Why Things Spread – and Why They Stop*. London: Basic Books 2020 (*Das Gesetz der Ansteckung. Was Pandemien, Börsencrashes und Fake News gemeinsam haben*. Übersetzt von Karsten Petersen. Stuttgart: Hirzel 2020).

dem Neo-Kontagionismus trete ein wissenschaftlicher Umgang mit hohen Schadensrisiken an die Stelle eines alten Moralismus, der nach Sündern suche und Strafen verhängte. Sie stützt sich auf ein methodisches Vorgehen, das auf der Erhebung großer Datenmengen beruht, die sowohl für die Modellierung eines möglichen Infektionsgeschehens in der Zukunft als auch für die Überprüfung der eindämmenden Wirkung von Gegenmaßnahmen in der Vergangenheit genutzt werden können. Dadurch wird es theoretisch möglich, sich selbst und der Welt konstant Rechenschaft abzulegen, welche Zuverlässigkeit die eigenen Prognosen und welche Wirksamkeit die daraus abgeleiteten Interventionen haben. Die laufende Datenverarbeitung wird zum Fundament einer Politik des wissenschaftlichen Engineerings.

Der Wissenschaftshistoriker Robert Peckham hat die aktuell vorherrschende Auffassung von Finanzkrisen als Ansteckungsereignissen mit einem »biological turn« in den Wirtschaftswissenschaften während der 1990er Jahre in Verbindung gebracht.<sup>4</sup> Für den Neo-Kontagionismus insgesamt gilt, dass mikrobiologische Gesetzmäßigkeiten in menschliches Handeln hineingelesen werden, mit dem Ziel, umso präziser und effektiver ins Gesellschaftsgefüge eingreifen zu können. Dabei entgeht den Neo-Kontagionisten jedoch etwas Entscheidendes, das sich bereits am alten Kontagionismus beobachten lässt: Krisen als außer Kontrolle geratene Ansteckungsverläufe zu verstehen und zu bekämpfen, läuft nicht auf das Ersetzen einer alten Moral durch die Wissenschaft, sondern auf das Durchsetzen einer neuen Moral hinaus. Es spielt dabei keine Rolle, ob an der Exaktheit der Diagnose und an der Wirksamkeit der Therapie Zweifel bestehen oder nicht. Im Vorschlag etwa, man solle Personen, die »in der aktuellen Literatur als Täter und als Opfer bezeichnet« werden, von nun an »gewaltinfiziert« (»violence infected«) nennen, steckt mehr als eine Hilfestellung zum besseren Verständnis von Gewalttaten. Es geht ebenso um ihre moralische Neubewertung, indem einzelne Gewalthandlungen datengestützt kontextualisiert und alle Betroffenen pathologisiert werden.

Grundlage der neo-kontagionistischen Moral ist eine ebenso simple wie triste Anthropologie. Ihr zufolge besteht der Antrieb des menschlichen Handelns in der Nachahmung anderer Menschen. Wir sind Konformisten mit kollektiver Individualitätsillusion, Lemminge mit falschem Bewusstsein. In Situationen der Not hat uns der Herdentrieb besonders im Griff. Grippe-Wellen und Gewaltexzesse, Hamsterkäufe und Panikverkäufe sind bloße Spielformen desselben mimetischen Verhaltens.

<sup>4</sup> Robert Peckham, *Contagion: Epidemiological Models and Financial Crises*. In: *Journal of Public Health*, Nr. 36/1, März 2014.

Die Moral des Neo-Kontagionismus hat direkte Konsequenzen für den Umgang mit Krisen. Wird bei einer Problemlage die Hauptgefahr in exponentiell steigenden Infektionsraten gesehen, ist ein Ethos der sofortigen Intervention zur Unterbrechung von Ansteckungsketten gefragt. Bei der Wahl der Maßnahmen zählt Geschwindigkeit mehr als Präzision und Durchschlagskraft mehr als Verhältnismäßigkeit. Das Risiko des Übersteuerns lässt sich stets mit dem Gegenzenario legitimieren, ein zu spätes oder zu schwaches Eingreifen würde zu noch höheren Schäden und härteren Maßnahmen führen. Ebenso gehört zu dieser Moral, aus der Gesamtheit der Krisensituation eine möglichst übersichtliche Problemstellung herauszuschneiden, mit der sich alle Aspekte, die der raschen Intervention in die Quere kommen würden, ausblenden lassen. Wo neo-kontagionistische Rezepte zur Anwendung kommen, stört das Interesse für die Ursachen einer Krise, und jede langfristig ausgerichtete Moral, welche die Folgen einer Krise gegen die bleibenden Kollateralschäden der Krisenintervention abwägt, erscheint bestenfalls nachrangig. Es handelt sich um eine Moral der maximalen Wirkung auf kurze Frist, verankert in einem negativen Krisenbegriff, der auf das Potential von Schäden, nicht aber von Chancen zu langfristigen Veränderungen in außerordentlichen Situationen fixiert ist.

### *Die Kluft zwischen Problembeschreibung und Problembehandlung*

Auffällig am Neo-Kontagionismus ist, dass der Anspruch auf Objektivität in der Problembeschreibung mit einer Vielfalt an Methoden in der Problembehandlung einhergeht. »Cure Violence« etwa setzt auf eine Aufgabenteilung zwischen drei verschiedenen Rollen. Den Hauptpart spielen »Gewaltunterbrecher« (»violence interrupters«), nicht nur auf der Straße, sondern auch im Film. Die Dokumentation *The Interrupters* von 2011 stellte sie als friedliche Helden im Kampf gegen die Kriminalität dar und verlieh dem Projekt wertvolle Publizität. Sie machen potentielle Konfliktherde ausfindig, verhindern Ansteckungen und isolieren »Infizierte«. Die Nebenrolle kommt den »Verhaltensänderungsagenten« (»behavioral change agents«) zu. Sie immunisieren vulnerable und exponierte Menschen, indem sie etwa Drogensüchtige beim Entzug und Drogenhändler bei der Arbeitssuche unterstützen. Schließlich üben »Gemeinschaftskoordinatoren« (»community coordinators«) im Hintergrund mit der gewaltgeplagten Bevölkerung einen friedlicheren Umgang mit Waffen ein.

Zu den Leitprinzipien von »Cure Violence« gehört, dass »interrupters« und »change agents« direkt aus den gewaltbetroffenen Gemeinschaften rekrutiert werden sollen, ja selbst »Gewaltinfizierte« gewesen sein können.

Derweil bleiben wissenschaftliche Experten wie Slutkin, anders als bei akuten Gesundheitskrisen, im Hintergrund. Begründet wird diese Haltung mit der Nähe und dem wechselseitigen Vertrauen zwischen der Bevölkerung und den »Gewaltheilern«. Nur bleibt dabei unklar, ob hier die Logik der Seuchensprache noch greift. Würde man ihr folgen, müsste man die Projektmitarbeiter als »Gewaltimmunisierte« verstehen, damit sie ihrer Arbeit ohne Selbst- und Fremdgefährdung nachgehen könnten. Es bräuchte demnach ein empirisches Verfahren, das ihren Status als Geimpfte oder Genesene überprüft. Davon ist in den Verlautbarungen von »Cure Violence« nichts zu finden.

Mittlerweile liegt eine Reihe von Evaluationsstudien zur Wirksamkeit der Methoden von »Cure Violence« in amerikanischen Städten vor.<sup>5</sup> Die Ergebnisse sind gemischt. In manchen Bezirken zeigt die Statistik der Gewaltdelikte einen Rückgang, in anderen gibt es keine signifikante Verschiebung oder eine Verschlechterung. Überall fällt der Nachweis schwer, wie stark die getroffenen Maßnahmen zu den dokumentierten Veränderungen beigetragen haben, während Vergleiche mit parallelen Entwicklungen in Bezirken, wo »Cure Violence« nicht aktiv ist, noch heikler sind. Mit Gewissheit sagen lässt sich derzeit nur, dass die Methoden von »Cure Violence« die polizeiliche Arbeit zur Eindämmung von Gewalt nicht ersetzen, sondern höchstens ergänzen können. Kaum zur Sprache kommt in den Studien jedoch der Umstand, dass auch in einem kontrafaktischen Szenario, wo eine hohe Wirksamkeit der Maßnahmen von »Cure Violence« nachgewiesen würde, die kontagionistische Ausgangsanalyse nicht bewiesen wäre.

Für einen solchen Rückschluss fehlt es an einem nachvollziehbaren Zusammenhang zwischen Therapie und Diagnose. Selbst dann, wenn es ehemaligen Delinquenten gelingen sollte, nach einer Gewalttat durch Gespräche mit Betroffenen eine Eskalation zu verhindern, heißt das noch längst nicht, dass Gewalt eine ansteckende Krankheit ist. Betrachtet man den Neo-Kontagionismus von seinem praktischen Ende her, bleibt doch nur eine schiefe szientistische Metapher übrig, und »Cure Violence« wirkt wie ein Projekt in herkömmlicher Sozialarbeit.

5 Ein Überblick bei Jeffrey A. Butts u.a., *Cure Violence: A Public Health Model to Reduce Gun Violence*. In: *Annual Review of Public Health*, Nr. 36/1, März 2015; Kyle Huckle, *Violence Interrupters. A Review of the Literature*. Chicago: Illinois Criminal Justice Information Authority 2024.

*Neo-Kontagionismus in Finanzkrisen*

Ganz anders verhält es sich mit Finanzkrisen. Hier kann eine Diagnose falsch sein und doch die Krankheit auslösen, die sie gefunden zu haben meint. Die Verwirrung beginnt damit, dass die Wirtschaftswissenschaften »Ansteckung« mit »Ausbreitung« gleichsetzen. Als »financial contagion« gilt »die Ausbreitung (*spread*) von panikartigen Verhaltensweisen von einem Finanzinstitut auf eine wachsende Zahl anderer Institute, wodurch sich der Gesamtbetrag der Mittel verringert, die für das Finanzsystem und damit für die Wirtschaft verfügbar sind«.<sup>6</sup>

Es handelt sich um einen jungen Begriff für ein altes Problem, das man lange ohne kontagionistisches Vokabular beschrieb. Kommt es in einer Krise zu einer Kreditklemme, sind Finanzinstitute, die auf kurzfristige Einlagen angewiesen sind, um ihre langfristigen Kredite zu finanzieren, zu Notverkäufen von Vermögenswerten gezwungen. Die Vermögenswerte können dadurch wiederum an Wert verlieren, wodurch andere Institute in den Strudel des Überlebenskampfes hineingeraten. »Ansteckung« beschreibt damit einen paradoxen Prozess, bei dem auch Unternehmen »krank« werden können, die gar nicht durch faule Kredite oder schlechte Investitionen »infiziert« sind. In der wissenschaftlichen Literatur wird von einem »contagious and indiscriminate run« gesprochen, einer »ansteckenden und willkürlichen Panik«.

In der Formulierung steckt die Einsicht, dass es bei finanzieller Ansteckung keinen Erreger gibt, der aufgrund spezifischer Eigenschaften der Willkür bei der Ausbreitung Grenzen setzen würde. Darum kommt es auch nicht darauf an, ob nun von »Ansteckung« oder »Ausbreitung« gesprochen wird. Es geht um ein und denselben Vorgang, und dieser wird in erster Linie durch Projektionen von Marktteilnehmern und Marktbeobachtern initiiert und eskaliert. Der Mensch ist hier der willkürliche »Erreger«. Und da sich Menschen als Nachahmungspatienten gegenseitig anstecken, kommt es auf die objektive Korrektheit der Diagnose nicht an. »Contagion« im Finanzsystem kann den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung haben.

Während sich »Ansteckung« in der Medizin auf das physische Eindringen eines Erregers in den Organismus bezieht, bezeichnet der Begriff in der Ökonomie einen rein psychologischen Prozess. In diesem Punkt stimmt der Neo-Kontagionismus zu Finanzkrisen mit jenem zu Gewaltkrisen überein, und er zieht daraus ebenso den Schluss, dass beim Ausbruch einer Krise die sofortige Unterbrechung von Ansteckungsketten oberste Priorität hat. Damit enden

<sup>6</sup> Hal S. Scott, *Connectedness and Contagion. Protecting the Financial System from Panics*. Cambridge / Mass.: MIT Press 2016.



jedoch die Gemeinsamkeiten. Was die Problembehandlung betrifft, herrscht bei Finanzkrisen ein ganz anderes Regime. Während »Gewaltkuren« massiv ins Sozialgefüge eingreifen, um destruktive Reaktionsmuster aufzubrechen, lautet die erste Devise bei Gefahrenzeichen im Finanzgefüge, mit allen Mitteln den Anschein von Normalität aufrechtzuerhalten.

Damit bezweckt der Neo-Kontagionismus in Finanzkrisen das Gegenteil des Kontagionismus in Gesundheitskrisen, wie wir ihn während der Pandemie erlebt haben: Je weniger Menschen ihr Verhalten ändern, desto besser. Die Parole lautet: »die Märkte beruhigen«. Auf diesem Weg soll vermieden werden, dass die Schieflage einzelner Finanzinstitute das Vertrauen ins gesamte Finanzsystem erschüttert und eine Abwärtsspirale von Panikverkäufen auslöst. Um das Systemvertrauen aufrechtzuerhalten, müssen zwei Handlungen zugleich erfolgen, ohne dass ihre innere Widersprüchlichkeit auffällt: die Öffentlichkeit von der Normalität der Lage überzeugen und den Markt mit Liquidität zur Verhinderung einer Kreditklemme fluten.

Die Koordination beider Handlungen erfordert einen taktischen Seiltanz, der nur möglich ist, weil das Finanzsystem strukturelle Rahmenbedingungen aufweist, die in keinem anderen Politikfeld bestehen. Die Hauptkompetenz zur Krisenprävention und -intervention liegt bei unabhängigen Expertenbehörden, in erster Linie bei der Zentralbank, in zweiter bei der Finanzmarktaufsicht. Sie bilden eine Expertokratie mit beschränkter Exekutivgewalt innerhalb der Demokratie. Die Legitimation der an sie delegierten Macht beruht auf der historisch gewachsenen Überzeugung, dass sie die Stabilität des Finanzsystems in Eigenregie besser gewährleisten können als in Abhängigkeit von demokratischen Repräsentationsorganen.

Die Entscheidungskompetenz der demokratisch eingebetteten Expertokratie reicht zwar sehr weit, aber nicht so weit, dass sie in Finanzkrisen die volle Verantwortung trägt. Ohne die Unterstützung der Finanzministerien und damit der öffentlichen Hand können Zentralbanken kollabierende Finanzinstitute kaum auffangen. Damit müssen demokratische Regierungen expertokratische Entscheidungen mittragen, ohne sie wesentlich mitbestimmen zu können. Dieses chronische Problem hat sich seit der Jahrtausendwende verschärft. Zum einen ist die Machtfülle von Zentralbanken, wie der Ökonom und ehemalige Vizepräsident der Bank of England, Paul Tucker, in seinem Buch *Unelected Power* nachzeichnet, weiter gewachsen, wobei dafür weniger die demokratisch beschlossene Abtretung zusätzlicher Kompetenzen als die schleichende Übernahme neuer Aufgaben ausschlaggebend war.<sup>7</sup> Zum

<sup>7</sup> Paul Tucker, *Unelected Power. The Quest for Legitimacy in Central Banking and the Regulatory State*. Princeton University Press 2018.

andern haben die gleichen Institutionen bei der Bewältigung von Krisen zusätzliche Verantwortung an die öffentliche Hand abgegeben. Im Ernstfall einer Bankenrettung musste der Staat jüngst enorme Risiken übernehmen, während das Finanzsystem insgesamt krisenanfälliger geworden ist. Der Neo-Kontagionismus ist zugleich als Antreiber und Symptom dieser Entwicklung zu betrachten.

### *Expertokratische Vorder- und Hinterbühne bei der UBS-Rettung*

Um den Abwehrkampf gegen »Ansteckung« in Zentralbanken und Finanzmarktaufsichten zu verstehen, bietet sich das Bild der Vorder- und Hinterbühne an. Auf der Vorderbühne gelangt bei ersten Gefahrenzeichen der taktische Seiltanz mit Normalitätssignalen und Liquiditätsspritzen zur Ausführung. Auf der Hinterbühne wird zugleich das Auffangnetz gespannt, für den Fall dass der Seiltanz mit einem Absturz enden sollte.

Ich hatte im Rahmen einer Auftragsstudie für den Schweizerischen Wissenschaftsrat zur wissenschaftlichen Politikberatung in Krisenzeiten die Gelegenheit, retrospektive Einsicht in die Vorgänge auf der expertokratischen Hinterbühne vor der staatlichen Rettung der UBS im Oktober 2008 zu erhalten.<sup>8</sup> Interviews mit dem kleinen Kreis direkt involvierter Personen ergaben das Bild einer von langer Hand geplanten Geheimoperation zur Immunisierung des Schweizer Finanzplatzes gegen die globale Ansteckungswelle. Als ein Jahr zuvor die Preisblase im amerikanischen Immobilienmarkt geplatzt war, schien das Beruhigungsspiel auf der Vorderbühne eine Weile lang aufzugehen, obwohl rasch klar wurde, dass amerikanische und europäische Banken, darunter auch die UBS, haufenweise Hypothekarkredite und Schuldverschreibungen mit enormen Wertverlusten in ihren Büchern hatten. Die Situation verschlechterte sich jedoch, als der amerikanische Staat eine exponierte Bank nach der anderen rettete, und sie kippte Mitte September 2008 in Panik um, als er dies beim Kollaps von Lehman Brothers nicht mehr tat. Nun schnappte die Kreditklemme im Finanzsystem zu.

Als Lehman Brothers Konkurs anmeldete, holte man auf der expertokratischen Hinterbühne der Schweizer Bankenpolitik sofort den staatlichen Deus ex machina aus der Requisitenkammer. Das Skript für seinen dramatischen Auftritt war schon geschrieben, nur hatte es kein demokratisches Entscheidungsorgan des Landes mitbekommen. Verfasst hatte es eine kleine, verschwiegene Gruppe von Finanzexperten aus der Nationalbank, der

<sup>8</sup> Caspar Hirschi u.a., *Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten. Bericht zuhanden des Schweizerischen Wissenschaftsrates*. Bern 2022.

Finanzverwaltung des Bundes sowie der Bankenkommission, die den Finanzmarkt beaufsichtigte. Sie hatten in den Monaten zuvor Geheimtreffen an verschiedenen, möglichst unauffälligen Orten abgehalten, um, wie es einer der Beteiligten formulierte, »unter Pfarrerstöchtern« die Bedrohungslage zu besprechen und Bankenrettungspläne zu entwerfen.

Der einzige Politiker, den sie über ihre Vorbereitungsarbeiten informierten, war Finanzminister Hans-Rudolf Merz. Sie stürzten ihn dadurch in ein Dilemma. Merz verstand sich als Hüter einer (alt)liberalen Wirtschaftsmoral. Für ihn durfte kein Unternehmen zu groß sein, um über den Gesetzen des Marktes zu stehen. Entsprechend ablehnend äußerte er sich gegenüber den Experten zu den Rettungsplänen. Gleichzeitig teilte er jedoch ihre Sorge, ein Durchsickern der Pläne an die Öffentlichkeit würde erst recht eine Ansteckungskaskade auslösen. Um diese Gefahr zu bannen, entschied sich Merz, die anderen Regierungsmitglieder über die Pläne im Dunkeln zu lassen. Da es immer wieder vorkam, dass vertrauliche Informationen aus dem Bundesrat an die Medien gelangten, hatte er guten Grund dazu. Nur nahm er dafür in Kauf, für seine Position erst gar keine politische Unterstützung aufbauen zu können.

Die Hoffnung des Schweizer Finanzministers, das Problem würde sich von allein erledigen, zerschlug sich, als Lehman Brothers kollabierte. Fünf Tage später kam der Anruf aus der Nationalbank. Direktor Jean-Pierre Roth teilte Merz mit, es habe die UBS nun so stark erwischt, dass sie aus eigener Kraft nicht überleben könne. Um eine Ausweitung der Krise zu vermeiden, sei es dringend, das staatliche Rettungspaket zu verabschieden. Merz fragte noch zurück, mit welcher Summe zu rechnen sei. Die Antwort lautete: 60 Milliarden Schweizer Franken. Als der Finanzminister aufhängte, ereignete sich das, was einer der beteiligten Finanzexperten aus der Rückschau eine »göttliche Fügung« nannte. Merz erlitt einen Herzstillstand. Er überlebte, wurde aber für mehrere Tage ins künstliche Koma versetzt. Seine Bundesratskollegin Eveline Widmer-Schlumpf übernahm das Finanzdepartement ad interim und sah sich wie die übrigen Regierungsmitglieder von den eingeweihten Finanzexperten vor vollendete Tatsachen gestellt. Was folgte, hätte auch ein gesunder Merz nicht verhindern können. Der Schweizer Staat rettete die UBS wenig später mit den angekündigten 60 Milliarden, wobei der Bund eine Anleihe von sechs Milliarden ausgab und die Nationalbank 54 Milliarden bereitstellte, um die UBS von ihren »toxischen« Wertpapieren zu befreien, welche die ganze Bank anzustecken drohten. Für die Wertpapiere wurde eine Art Quarantäne in der Form eines Stabilisierungsfonds eingerichtet.

Die UBS erholte sich, und der Bund wie die Nationalbank schlossen die Rettungsaktion ein paar Jahre später sogar mit einem Gewinn ab. Damit ist

die Geschichte aber noch nicht zu Ende. Nach der Rettung der UBS gab es einen Moment der großen Einigkeit in Politik und Wissenschaft, geboren aus demokratischem Unbehagen: Auch wenn das Ergebnis dem expertokratischen Vorgehen nachträglich eine hohe Legitimation verlieh, durfte es zu einer solchen Situation nicht mehr kommen. Um dies sicherzustellen, setzte der Bundesrat eine Kommission aus Bankenexperten und Bankenvertretern ein. Ihre Empfehlungen wurden mit großer Unterstützung umgesetzt. Das Ergebnis war eine neue Regulierung für das »Too big to fail«-Problem, die gewährleisten sollte, dass jene Banken, die für »systemrelevant« befunden wurden, höhere Anforderungen bezüglich Eigenkapital und Liquidität erfüllen mussten und im Fall ihres Scheiterns abgewickelt werden konnten. Die Regulierung war international abgestimmt und sah vor, dass nur jene Teile einer untergehenden Bank, die für die Schweizer Volkswirtschaft unverzichtbar waren, herausgelöst und rekapitalisiert würden, während der Rest in Konkurs gehen könne. Dabei sollten nicht mehr der Staat und die Nationalbank, sondern die bisherigen Eigner und Gläubiger das nötige Kapital aufbringen. Die gesetzliche Bewältigung des »Too big to fail«-Problems war gedacht wie eine Impfung: Wenn jede systemrelevante Bank ihre Widerstandskraft gegen Ansteckung erhöht, wird die Immunität des gesamten Finanzsystems gestärkt.

Die an der Rettung der UBS beteiligten Experten, mit denen wir gesprochen haben, begrüßten die Maßnahmen gegen das »Too big to fail«-Problem. Einer von ihnen, der die internationale Regulierung im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mitgestaltet hatte, beschrieb die Verhandlungen jedoch als unwissenschaftliche »Feilscherei«. Anders als bei der Bankenrettung saßen Bankenvertreter wie Josef Ackermann diesmal als gleichberechtigte Verhandlungspartner mit am Tisch. Um die Eigenkapitalvorschriften aufzuweichen, wollten sie von der Beschwörung der Ansteckungsgefahr, die ihnen gerade noch milliardenhohe Unterstützungsgelder beschert hatte, nichts mehr wissen. Stattdessen schürten sie die Furcht vor versiegenden Kreditflüssen an Kleinunternehmen. Heraus kam eine Regulierung, die zwar härtere Auflagen machte, aber Löcher aufwies wie ein Emmentaler Käse. Offiziell rühmte sich die Schweiz, ihre Banken hätten, gemessen am internationalen Minimalstandard, einen »Swiss finish« mit doppelt so hohen Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen.<sup>9</sup> De facto gelang es der zweiten »global systemrelevanten« Bank, der Credit

<sup>9</sup> Thomas J. Jordan, *Approaching the Finish Line: The Too Big to Fail Project in Switzerland*. Genf 17. Mai 2011.

Suisse, für ihr Mutterhaus einen »negativen Swiss finish« durchzusetzen, der die Vorschriften auf anderen Bankenplätzen unterschritt.<sup>10</sup> Ein gutes Jahrzehnt später stand auch sie am Abgrund.

*Neo-kontagionistische Willkür im Umgang mit der Credit Suisse*

Im Unterschied zum Kollaps der UBS war der Untergang der CS im März 2023 ein Ereignis von absurder Banalität. Die 167 Jahre alte Bank hatte nach einer Kumulation von Fehlinvestitionen, Skandalen und Führungswechseln das Vertrauen der Märkte und der Ratingagenturen verspielt. Bereits im Oktober 2022 war ihr Ruf derart ramponiert, dass ein einzelner Tweet eines schlecht informierten Journalisten aus Australien, wonach eine Investment Bank vor dem Aus stehe, genügte, um einen digitalen Bank-Run auf die CS auszulösen. Der Tweet, in dem die CS nicht einmal Erwähnung fand, war faktisch falsch, als er abgesetzt wurde, und bewahrheitete sich, als in der Folge Dutzende von Milliarden aus der Bank abflossen.<sup>11</sup>

Das endgültige Aus kam kurz nach dem Zusammenbruch dreier Regionalbanken im Zuge steigender Zinsen in den Vereinigten Staaten. Keine der Banken war stark ins globale Finanzsystem integriert, und ihre Probleme hatten nichts mit der CS zu tun. Dennoch grassierte an den Finanzmärkten wieder die Ansteckungsangst, und obwohl die Zentralbanken postwendend ihre Schleusen öffneten und die Schweizer Aufsichtsbehörden betonten, es gäbe »no direct risk of contagion for the Swiss financial markets«, geriet die CS sofort wieder unter Druck. Es brauchte jedoch nochmals eine absurde Kommunikationspanne, um den zweiten und endgültigen Bank-Run auszulösen.<sup>12</sup> Der Chairman der Saudi National Bank, die kurz zuvor als Großaktionär bei der CS eingestiegen war, sagte in einem Interview, seine Bank werde aus regulatorischen Gründen kein zusätzliches Geld einschießen können. Als Medien die Aussage verbreiteten und dabei das Kürzel »SNB« für die Saudi National Bank verwendeten, brach an asiatischen Finanzmärkten Panik aus.<sup>13</sup> Schnellleser unter den Investoren dürften den Kurzschluss gezogen haben, die andere SNB, die Schweizer Nationalbank, habe die CS fallengelassen.

10 Daniel Zuberbühler, *Die UBS benötigt viel mehr Eigenkapital*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. Dezember 2024.

11 Financial Stability Board, *2023 Bank Failures: Preliminary Lessons Learnt for Resolution*. Basel, 10. Oktober 2023 ([fsb.org/2023/10/2023-bank-failures-preliminary-lessons-learnt-for-resolution/](https://fsb.org/2023/10/2023-bank-failures-preliminary-lessons-learnt-for-resolution/)).

12 FINMA/SNB, *Issue Statement on Market Uncertainty* vom 15. März 2023.

13 Dirk Schütz, *Zu hart am Wind. Warum die Credit Suisse untergehen musste*. Zürich: Bilanz 2023.

Wer an den »willkürlichen« Charakter der Ansteckung im Finanzsystem glaubte, durfte sich bestätigt fühlen. Tatsächlich bestätigt wurde aber bloß die alte Einsicht, dass die Ansteckungsangst selbst ansteckend wirkt, wenn ihr genügend Investoren und Kunden verfallen.

Die Regulierung des »Too big to fail«-Problems war bereits halbwegs gescheitert, bevor entschieden wurde, wie mit der zugrunde gerichteten CS umzugehen sei. Eine »global systemrelevante« Bank konnte der trivialsten aller Abwärtsspiralen zum Opfer fallen, während die Aufsichtsbehörden zusahen, bis sie die Scherben zusammenkehren mussten. Was hinter den Kulissen geschah, als die Bank im freien Fall war, hat eine parlamentarische Untersuchungskommission mit großem Aufwand aufgearbeitet. Das Ende der CS wirkt wie eine Parodie auf die Rettung der UBS. Auch diesmal gab es im Vorfeld Geheimtreffen in Expertenrunden unter Federführung der Nationalbank, auch diesmal war von der Regierung nur der Finanzminister eingeweiht, Ueli Maurer, und auch diesmal nahm der den Hinterausgang, bevor die Bank dem schlecht informierten Bundesrat auf die Füße fiel. Nur verabschiedete sich Maurer nicht ins Koma, sondern in den Ruhestand.

Offenbar schreckte das Direktorium der Nationalbank vor einer geordneten Abwicklung der CS zurück, weil es neue Ansteckungswellen befürchtete, und brachte schon früh die UBS als Auffangnetz ins Spiel. Damit verwarfen die geldpolitischen Expertokraten jenes Verfahren, das gesetzlich am stärksten abgestützt und demokratisch am besten legitimiert war. Aber nicht nur das: Sie misstrauten Instrument, das sie selbst in jahrelanger Arbeit mitgestaltet hatten. Ihre Ablehnung des »Too big to fail«-Mechanismus kam einer expertokratischen Bankrotterklärung gleich – mitunterzeichnet von finanzpolitischen Autoritäten im Ausland. An jenem Märzwochenende, als der Bundesrat über das Schicksal der CS entscheiden musste, erhielt er aus den amerikanischen und britischen Finanzministerien eindringliche Warnungen, von einer Abwicklung der Bank abzusehen. Sie wären nicht nötig gewesen. Die Option wurde vom Bundesrat nicht einmal mehr diskutiert. Die Willkür, die der Ansteckung im Finanzsystem zugeschrieben wurde, beherrschte auch die Politik.

So kam es, dass die UBS, die fünfzehn Jahre zuvor vom Staat per Notrecht gerettet worden war, nun demselben Staat die Bedingungen diktieren konnte, unter denen sie die CS per Notrecht übernehmen würde. Der Entscheid, die CS der UBS einzuverleiben, entsprach insofern der neo-kontagionistischen Moral, als er auf kurze Frist mit dem geringsten Risiko verbunden schien – vor allem für die UBS selbst. Sie übernahm die CS für drei Milliarden Franken, flankiert von Liquiditätshilfen der Nationalbank in der Höhe von 200 Milliarden und einer Verlustgarantie des Bundes von neun Milliarden für den Fall, dass die UBS auf den erworbenen Positionen der CS mehr als fünf

Milliarden an Verlusten verbuchen müsste. Insgesamt ging der Staat im Vergleich zur UBS-Rettung von 2008 mit einer mehr als dreimal so hohen Summe ins Risiko, was die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter aber nicht daran hinderte zu sagen: »This is no bailout, this is a commercial solution.«

Wie wenig marktwirtschaftlich die Bedingungen des Verkaufs waren, zeigte sich bereits am Ende des Folgequartals, als die UBS einen außerordentlichen Buchgewinn von 29 Milliarden Franken auswies. Der Aktienkurs ging im gleichen Zeitraum steil nach oben. Die Bank konnte die Staatshilfe zurückzahlen und auf die Bundesgarantien verzichten. Während der Kauf der CS für die UBS zum Jahrhundertgeschäft wurde, wurde der Schweizer Staat zwar kurzfristig verschont, aber langfristig umso mehr belastet. Die UBS genießt heute als einzige Schweizer Großbank mit »globaler Systemrelevanz« eine faktische Staatsgarantie, was die Wettbewerbsverzerrung, die bereits beim Kauf der CS wirksam wurde, verstetigt. Nachdem es nicht gelungen ist, die CS in einem stabilen Marktumfeld – es gab keine andere systemrelevante Bank in Schieflage – geordnet untergehen zu lassen, wird es kaum mehr möglich sein, die UBS bei einem erneuten Scheitern unter ungleich bedrohlicheren Umständen abzuwickeln. Die Schweiz hat sich in eine Situation manövriert, die ihr bei der nächsten Großbankenpleite nur noch die Wahl zwischen zwei Übeln übrig lässt, der Verstaatlichung und dem staatlich subventionierten Verkauf ins Ausland.

Die Folgeprobleme, die sich aus dem Einknicken vor der Ansteckungsangst während der CS-Krise zeigten, betreffen aber nicht nur die Schweiz, sondern alle demokratischen Staaten mit einem bedeutenden Finanzsektor. Die Delegation von Entscheidungsmacht an expertokratische Behörden lässt sich in Demokratien dann legitimieren, wenn diese dank wissenschaftlich gesicherter Methoden besser in der Lage sind, in einem eng begrenzten Handlungsfeld gesellschaftlich breit erwünschte Ergebnisse herbeizuführen. Die neo-kontagionistische Expertokratie im Finanzsektor jedoch schafft mit willkürlichen Mitteln neue Tatsachen undbürdet der Allgemeinheit die Folgen ihrer Entscheide auf. Diese Folgen betreffen zum einen die Milliarden, welche die öffentliche Hand zwecks Zerstreuung der Ansteckungsangst zur Verfügung stellen muss. Zum andern betreffen sie die neue Moral, die für die Wahrung der Finanzstabilität die Ungleichheit im Markt verstärkt, den Wettbewerb verzerrt und in ihrer Logik der Kurzfristigkeit mit jeder situativen Entschärfung der Ansteckungsgefahr das langfristige Risiko der strukturellen Krisenanfälligkeit des Finanzsektors erhöht.

Aus neo-kontagionistischer Sicht erscheinen diese Entscheide als notwendige Anpassung an eine Realität, in der »contagion« wie eine Naturgewalt wirkt. Hal Scott, einer der führenden Forscher zu Ansteckungen in

Finanzkrisen, hält »contagion« für ein »strukturelles Merkmal des Finanzsystems«, das »nicht durch ein besseres Risikomanagement oder eine verbesserte aufsichtsrechtliche Kontrolle behoben werden kann«. Scott kann sich denn auch nur eine noch stärkere Interventionsmacht der Zentralbank als »lender of last resort« zur Eindämmung von Ansteckungen vorstellen. Dabei sind chronisch instabile Finanzmärkte, wie er selbst einräumt, weder eine räumliche noch eine zeitliche Konstante. In Kanada, dessen Wirtschaft stark mit der US-amerikanischen verflochten ist, ging zwischen 1923 und 1985 keine einzige Bank unter, während in den Vereinigten Staaten allein von 1930 bis 1933 über 9000 Banken kollabierten.

Zum flächendeckenden Problem wurde die Instabilität des Finanzsystems erst mit der Globalisierung und Deregulierung der 1990er Jahre – zur selben Zeit, als die Ökonomie von der Epidemiologie das Konzept der Ansteckung übernahm, um Finanzkrisen neu zu modellieren. Mit anderen Worten: Die vermeintliche Naturgewalt ist etwa dreißig Jahre alt. Wenn sie weiterwirkt, dann nur deshalb, weil den verantwortlichen Akteuren in der Politik, in den Expertenstäben und in der Bankenwelt der Wille und die Vorstellungskraft für eine alternative Finanzwelt fehlen.

### *Alter Kontagionismus und liberaler Optimismus*

Die Zuversicht, dass der Neo-Kontagionismus keine Zwangsläufigkeit eines wissenschaftlichen Willkürregimes in Krisen darstellt, lässt sich aus dem Umgang mit seinem historischen Vorläufer, dem alten Kontagionismus in Cholera-Epidemien des 19. Jahrhunderts ableiten. Die Cholera trat nach 1830 zum gleichen Zeitpunkt als neue Seuche auf dem europäischen Kontinent auf, wie sich der Liberalismus als neue Ideologie Bahn brach.<sup>14</sup> Es sollte mehr als ein halbes Jahrhundert dauern, bis die Ursachen und die Ausbreitung der Cholera geklärt waren – und die Kontagionisten in ihren wissenschaftlichen Grundannahmen Recht bekamen. Zu diesem Zeitpunkt jedoch war die Cholera in den meisten europäischen Ländern schon besiegt. Die wirksame Problembehandlung war der korrekten Problembeschreibung zuvorgekommen. Wesentlich dafür war, dass sich unter dem Einfluss des Liberalismus ein neues Geschichtsverständnis durchsetzte, das Krisen als integralen Bestandteil der modernen Normalität auffasste und daraus eine krisenpolitische Moral ableitete, welche auf die möglichst umfassende Wahrung bürgerlicher Freiheiten in akuten Bedrohungslagen pochte.

<sup>14</sup> Helena Rosenblatt, *The Lost History of Liberalism. From Ancient Rome to the Twenty-First Century*. Princeton University Press 2018.



Die praktische Konsequenz der liberalen Moral für Gesundheitskrisen war das Gegenteil von Laissez-faire. Um massive Eingriffe wie Quarantänen und Handelssperren zu überwinden, setzte man auf staatliche Langzeitinvestitionen in Infrastrukturen und Verhaltensänderungen, welche die öffentliche Gesundheit dauerhaft zu verbessern versprachen.<sup>15</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden Kanalisationen und Trinkwasserversorgungen gebaut sowie Hygienepraktiken eingeübt. Die öffentliche Unterstützung für die teuren Maßnahmen wurde dadurch erleichtert, dass sie sich wissenschaftlich sowohl mit der Theorie ansteckender Erreger als auch mit der Lehre fauliger Miasmen begründen ließen.

Im Lichte dieser umfassenden Moral musste es wie ein Rückfall in Zeiten der vormodernen Despotie erscheinen, wenn sich die Problemstellung während einer Cholera-Epidemie wieder auf die Unterbrechung von Ansteckungsketten durch die Verhängung von Quarantänen verengte. So geschah es in Zürich 1867, als die städtische Medizinalverwaltung nach einem Cholera-Ausbruch die Häuser von Infizierten in alt-kontagionistischer Manier für mindestens neun Tage abspernte, Märkte schloss und das öffentliche Leben einschränkte, ohne dadurch die Seuche zu stoppen. Die Empörung darüber reichte vom radikalliberalen Lager bis in die Arbeiterschaft und schuf sich, wie der spätere Sozialdemokrat Hermann Greulich schrieb, »noch vor Ablauf des Jahres in schöpferischer Weise Luft«.<sup>16</sup> Nach mehreren Protestveranstaltungen fand sowohl eine Kloaken- als auch eine Verfassungsreform statt. Zwei Jahre später wurde Zürich zur weltweit ersten direkten Demokratie mit Initiativ- und Referendumsrecht sowie Volkswahl von Parlament, Regierung und Richtern. Die Cholera kam danach nicht mehr zurück.

Möglich war die Wende zum Besseren in Zürich, weil das enge Krisenverständnis des Kontagionismus, der sich im Verhindern von Ansteckungen erschöpfte, einem weiten Krisenbegriff wich, mit dem aus der gesellschaftlichen Notlage eine Chance zur Erneuerung der gesamten Ordnung geschaffen wurde. Wir täten heute gut daran, den Neo-Kontagionismus mit einem ebenso umfassend-reformerischen Krisenbegriff zu kontern. Aus ihm könnten wir die Zuversicht schöpfen, dass es jenseits der ansteckungsbedrohten Herdentierexistenz eine bessere Zukunft gibt.

15 Peter Baldwin, *Contagion and the State in Europe, 1830–1930*. Cambridge University Press 2004.

16 Flurin Condrau, *Demokratische Bewegung, Choleraepidemie und die Reform des öffentlichen Gesundheitswesens im Kanton Zürich (1867)*. In: *Sudhoffs Archiv*, Nr. 80/2, 1996.